

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden  
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241  
Kurs für Nachdruck: Nr. 20011  
Schlüsselung u. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden-N. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. September 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk.  
Wochenpreis für Monat September 1.40 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pfg.  
Kriegspreis: Die Anzeigen werden nach Goldmarkt berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile  
35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außer-  
halb 25 Pfg., die 20 mm breite Werbeanzeige 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Cffertengebühr 30 Pfg.  
Kaufmännische Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siebig & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Rio, 1008 Dresden  
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unrechtmäßig  
Schneiderei werden nicht aufbewahrt

## Wieder ohne Resultat!

Die heutige Räumungsbesprechung wird am Sonntag fortgesetzt - Briand nach Paris abgereist

Genf, 13. Sept. Die zweite Zusammenkunft der Mächte der Vorkriegskonferenz mit Deutschland hat heute vormittag kurz nach 10 Uhr im Hotel Beau Rivage begonnen. An der Zusammenkunft nahmen teil: Lord Cusheaden, Briand, Scialoja, an Stelle des belgischen Außenministers der Delegierte Belgiens, Baron Wonenr, Vorkriegsminister Adatschi, sowie von deutscher Seite Reichskanzler Müller und Staatssekretär v. Schubert, ferner die drei Dolmetscher: Der Privatsekretär von Lord Cusheaden, Selbn, der Dolmetscher der französischen Botschaft in Berlin, Professor Desnard, und der Dolmetscher der deutschen Delegation, Dr. Schmidt.

Die heutige Aussprache dürfte eine Klärung darüber herbeiführen haben

ob eine Weiterführung der durch den Räumungsschritt der deutschen Regierung eingeleiteten Verhandlungen unter den gegenwärtigen Umständen noch möglich ist.

Die Verhandlungen galten in erster Linie der grundsätzlichen Frage, ob eine Verquickung der Räumungsfrage mit der Reparationsfrage angenommen wird oder nicht.

Der deutsche Standpunkt ist in dieser Frage nach wie vor unverändert.

Auf französischer Seite erwartet man, daß Briand, der heute nach Paris fuhr, in persönlicher Aussprache mit Poincaré die Richtlinien für die weitere Haltung Frankreichs festlegen wird.

Die zweite gemeinsame Besprechung zur Klärung der Frage der Rheinlandräumung dauerte etwas über zwei Stunden und war kurz nach 12 Uhr zu Ende. Reichskanzler Müller und Staatssekretär v. Schubert, die als erste das Hotel verließen, teilten den wartenden Journalisten mit, daß die Besprechungen am Sonntag fortgesetzt werden. Briand gab die Auskunft, daß er heute mittag Genf verläßt und am Sonnabendabend wieder zurück sein wird.

### Das Kommuniqué über die Verhandlungen

Genf, 13. September. Ueber die heute vormittag abgehaltene gemeinsame Besprechung in der Räumungsfrage ist folgendes Kommuniqué ausgegeben worden: Heute vormittag fand die in Aussicht genommene gemeinsame Besprechung statt, in welcher die Diskussion fortgesetzt wurde. Dabei ergab sich, daß einige Punkte noch weiterer Überlegung bedürfen. Die Besprechungen werden daher Sonntag vormittag 10,30 Uhr fortgesetzt.

Wie weiter verläuft, kommt eine Reise des Reichskanzlers nach Berlin nicht in Betracht, da die Delegation in händiger Fühlung mit dem Reichskabinett ist. Näheres über die Besprechungen, in deren Verlauf der deutsche Standpunkt unverändert blieb und formulierte Vorschläge nicht eingebracht wurden, ist im jetzigen Zeitpunkt nicht zu erfahren. Wenn gleich die Tatsache der Fortsetzung der Besprechungen irgendwelche Schlüsse nicht zuläßt, wird sie doch als ein im allgemeinen befriedigendes Anzeichen aufgenommen. (R. T. B.)

## Italien zum „Zusammenbruch“ der deutschen Außenpolitik

Rom, 13. Sept. Die italienische Presse befaßt sich recht ausführlich mit der deutschen Außenpolitik, vor allen Dingen auf Grund der Briand-Rede in Genf, und meint, daß die Abreise Briands einen vollkommenen Zusammenbruch der Politik des derzeitigen Außenministers bedeuete habe.

Es handelt sich, wie in Rom betont wird, nicht um eine vorübergehende Enttäuschung Briands, sondern um eine ernste endgültige Tatsache, die längst überall in der Welt begriffen würde, nur nicht in Deutschland. In der „Tribuna“ heißt es weiter: „Vocarno, Thoiru und Pariser Vati sind wie nie gewesen. Die Seele der französischen Nation ist Deutschland gegenüber nicht von jener Freundschaft und Herzlichkeit erfüllt, wie man so gern glauben machen wollte. Vocarno ist nur eine Ausführungsmethode für den Versailleser Vertrag. Die französische Volung lautet nach wie vor: Ihr müßt Versailles durchführen ohne zu protestieren mit autem Humor und in herzlicher Freundschaft.“ „Giornale d'Italia“ stellt fest, daß es zwischen Frankreich und Deutschland keine Verständigung geben könne, und rühmt Briands Politik, die Frankreichs Interessen nicht den sozialistischen Parteieninteressen und der demokratischen Demagogie unterordne.

Man könne sagen, daß man in allen Kreisen Deutschlands diese Christe für keine unwürdigen Ausbiederungsversuche an Frankreich von Seiten gönne. (!)

Die Flottenrüstungen und Flottenbedürfnisse sprächen noch deutlicher als Briand und es schreie schon die ganze Verschleierungspolitik der deutschen Demagogen dazu, um die Isolierung Deutschlands vor dem Volke zu leugnen, während das gesamte Ausland sie sehe.

### Holland verurteilt Briands Rede

Berlin, 13. Sept. Wie aus dem Haag gemeldet wird, hat die aufsehenerregende, gegen Deutschland gerichtete Rede Briands in der gesamten öffentlichen Meinung Hollands den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Die holländische Presse ist betnahe einstimmig in ihrer scharfen Beurteilung und Zurückweisung der Ausfälle Briands, die man teils als übertrieben, teils als völlig überholt und veraltet bezeichnet.

### Sehr ungünstiger Eindruck der Briand-Rede in Washington

Newport, 13. Sept. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Unterredung zwischen Coolidge und Kellogg nahezu eine Stunde gedauert. Die Unterredung bezog sich insbesondere auf die Briandrede und den Kelloggvertrag. Kellogg hat zwar jede Auskunft über den Inhalt der Besprechung verweigert, doch wird unterrichtet, daß man in Washington Briand für schlecht beraten hielt, als er seine Rede hielt. Die Rede des französischen Außenministers habe einen sehr unangünstigen Eindruck gemacht.

### Der französische Standpunkt zur Räumungs- und Reparationsfrage

Paris, 13. Sept. Der „Excelsior“ gibt heute einen Überblick über den Stand der Rheinlands- und Reparationsfrage, der halbamtlich inspiriert ist. Das Blatt stellt folgende Gesichtspunkte auf:

1. Briand hat wiederholt die Legende von angeblichen Besprechungen in Thoiru bestritten.
2. Reichskanzler Müller, von dem man mit Recht einen persönlicheren Geist als von Reichskanzler Marx erwarten konnte, hat sich die Ehre der Deontologationen zu eigen gemacht, über die er noch hinausging, da von Deutschland niemals gelungen ist, daß in Thoiru Verhandlungen für eine finanzielle Regelung ins Auge gefaßt wurden.
3. Die seit Thoiru erwarteten deutschen Vorschläge wurden niemals unterbreitet; auf jeden Fall ist es am Reiche und nicht an Frankreich oder seinen Alliierten, Vorschläge für eine vorzeitige Räumung zu machen.
4. Die Vorarbeiten für derartige Vorschläge müssen von der deutschen Regierung gemacht werden. Der Reparationsagent hat zweimal in seinen Berichten über die Durchführung des Dawesplanes auf die Möglichkeiten einer allgemeinen Regelung hingewiesen, die er für wünschenswert erklärte, und hat den vorläufigen Charakter des Dawesplanes betont.
5. Das Reich muß die Möglichkeiten zeigen, von denen die Aufhebung der Vormundschaft des Generalaagenten über die Reichsfinanzen und die Aufhebung der Hypothek des Dawesplanes auf die deutsche Wirtschaft abhängen. Vor der Gesamtregelung der Kriegsschulden muß sichergestellt sein, daß die Kommerzialisierung der deutschen Schuld in der Form der Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrieobligationen regelmäßig und ständig sein wird.
6. Der französische Ministerpräsident hat bei der Begründung zum Haushaltsplan für 1929 die Einverleibung eines Teiles des Dawesannuität in die normalen Einnahmen des Haushalts unterstrichen, der übrigens keine Bestimmungen für etwaige Reglungen der Schulden an Amerika in Höhe von 10 Milliarden Franken enthält, die im kommenden April fällig werden. Man kann aus dieser Tatsache ableiten, daß die französische Regierung sich nicht auf den heftigen Ausfall Müllers in Genf gefaßt machte, sondern auf objektive Verhandlungen auf der Grundlage von konkreten Vorschlägen, die die deutsche Regierung für eine allgemeine Regelung der Kriegsschulden machen würde.
7. Zweifellos hängen die Bedingungen für eine derartige Regelung nicht von Deutschland allein ab, sondern von Amerika. Ein Grund mehr für die deutsche Regierung, während der wenigen Monate bis zu den amerikanischen Wahlen Geduld zu zeigen, denn dann werden sie über die Absichten der Vereinigten Staaten unterrichtet sein.

## Ein Versuchsballon in der Kontrollfrage

### Neue Pariser Vorschläge

Paris, 13. Sept. Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß die Frage der Kontrolle der entmilitarisierten Rheinlandzone, auf die Paul Bencour ohne Unterlaß die Aufmerksamkeit Briands lenkt, sehr wohl unter einer unerwarteten Form wieder aufgenommen werden könne. Die Deutschen zeigten sich zwar entschlossen, keine Weiterung des Art. 213 des Versailleser Vertrages anzunehmen. Es sei aber nicht sicher, ob sie ebenso hartnäckig

eine in das Vocarnosystem eingefügte Kontrollkommission zurückweisen würden, die aus französischen, englischen, deutschen, italienischen und belgischen Mitgliedern zusammengesetzt sei, und deren Rolle darin bestehe, gleicherweise die beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze zu überwachen. Das sei eine beträchtliche Ergänzung des Paktes, die den Garantien der deutsch-französischen Grenze, England und Italien, ein Inkrement in die Hand gebe, dem Frankreich und Deutschland unterworfen würden.

Ein Versuch der Franzosen, unter einer verschleierte Form in der Kontrollfrage zu ihrem Ziele zu kommen, wird von Deutschland unter allen Umständen abgelehnt werden. Eine Kontrolle über den Art. 213 des Versailleser Vertrages hinaus kommt für Deutschland überhaupt nicht in Frage.

### Eine Sensation bei der letzten Rheinlandbesprechung

London, 13. Sept. Wie der Genfer Berichterstatter des „Daily Herald“ berichtet, sei in der Rheinlandbesprechung am Dienstag durch eine

#### Erklärung des deutschen Reichskanzlers

eine sensationelle Note hineingetragen worden. Müller habe eine am 16. Juni 1919 in Paris von Wilson, Clemenceau und Lloyd Georges unterzeichnete Geheimabmachung verlesen, die kürzlich von dem amerikanischen Mitglied der Friedensabordnung, Baker, veröffentlicht worden sei. Der „Daily Herald“ bringt einen Auszug aus dieser Abmachung, in der es heißt: „Wenn Deutschland zu einem früheren Datum den Beweis seines guten Willens und befristende Garantien für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben haben sollte, sind die beteiligten alliierten Regierungen bereit, zu einem Uebereinkommen über eine frühere Revision der Restationsperiode unter sich zu gelangen.“ Briand habe nach Verlesung dieser Urkunde erklärt, sie sei

#### lediglich ein Fischen Papier

mit Rücksicht auf die Tatsache, daß eine der Signatarmächte den Versailleser Vertrag nicht unterzeichnet habe, Cusheaden habe sich nicht geäußert. Um so mehr werde zwischen den Mächten die rechtliche Bedeutung dieser Urkunde erörtert.

### Der deutsche Standpunkt unverändert

Berlin, 13. Sept. In Berlin ist auch heute über die Räumungsverhandlungen der fünf Mächte mit Deutschland im Gegensatz zu den zahlreichen Veröffentlichungen in der Pariser Presse nur wenig bekannt. Man faun sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man sich auf französischer Seite an Vereinarungen zur Diskretion wenig gebunden hält. In Berlin wird jedoch berichtet, daß irgendwelche positiven Ergebnisse noch nicht vorlägen.

Es sei bereits wiederholt auseinandergesetzt worden, daß Deutschland eine Lösung der Räumungsfrage in Genf herbeizuführen versuchen wolle, daß aber Deutschland hierfür keinen Preis zu zahlen gewillt sei, da es moralisch, juristisch und politisch die Räumung verlangen könne.

Nach unendlichen Mühen habe, so wird rückwirkend erklärt, die Räumungskonferenz am Dienstag stattgefunden. Im Anschluß an diese Sitzung sei eine Mitteilung veröffentlicht worden, derzufolge ein Meinungsaustrausch, keineswegs aber regelrechte Verhandlungen stattgefunden hätten. Auf den Ausdruck „Meinungsaustrausch“ wird deshalb Wert gelegt, um darzutun, daß auch heute nicht von irgendwelchen deutschen Zugeständnissen oder Kompensationen die Rede sein könne. Die französische Presse behauptet zwar, es sei von Kontrolle und Sicherheit gesprochen worden, aber bei diesen Behauptungen handelt es sich, wie hier verlautet, lediglich um die auch an früherer Zeit bekannnten französischen Versuche, eine deutsche Erörterung über diese beiden Punkte herbeizuführen. Es muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß

#### ein Nachgeben in diesen beiden Punkten vollkommen ausgeschlossen

ist, zumal sonst auch für ähnliche Forderungen anderer Staaten Tür und Tor geöffnet werden würden.

Für Deutschland, so macht man hier weiter geltend, habe es sich zunächst lediglich um den Versuch gehandelt, eine Klärung der Räumungsfrage herbeizuführen, nicht aber habe man kategorisch fragen wollen, ob die Belagungsmächte räumen wollten oder nicht. Deutschland habe ein

#### Recht auf Räumung.

weil es den Artikel 481 erfüllt habe, weil es die Reparationszahlungen pünktlich leistet und dem Abrüstungsparagrafen des Versailleser Vertrags bis zum äußersten nachgekommen sei. In gleichem Zusammenhang wird heute auf die Frage, ob die Grundlage für die Genfer Räumungsverhandlungen auf die Unterhaltungen zurückzuführen sei, die Stresemann gelegentlich der Unterzeichnung des Kelloggvertrages in Paris mit Briand sowohl als auch mit Poincaré gehabt habe, erklärt, daß in Paris über die Kontrollfrage nicht gesprochen worden sei. Frankreich, so sei erklärt worden, betrachte jedoch das Rheinland als ein Pfand für die Reparationszahlungen.